# Resolution: Platz für Bäume – die Stadt fair teilen. Unsere Vision für die Stadt, in der wir leben wollen

Die BUND-Bundesdelegiertenversammlung beschließt folgende Resolution: Wir wollen Städte, die Hitze und Starkregen aushalten, in denen vielfältige Natur vor der Haustür für alle erreichbar ist und in denen der knappe öffentliche Raum fair verteilt wird. Zugang zu Stadtnatur und Schutz vor Hitze sind dabei eine Frage der Umweltgerechtigkeit im Sinne des Antrags A2/2020 „Soziale Gerechtigkeit in der ökologischen Transformation“. In Anknüpfung an die Resolution A07 „Biodiversität im Siedlungsraum fördern und den BUND stärken“ (BDV 2025) halten wir fest:

**Wir fordern von Bund, Ländern und Kommunen:**

- Alte, große Bäume sind nicht ersetzbar, ihr Erhalt ist zentral. Platz für neue Bäume soll durch Entsiegelung und durch die Umverteilung von Verkehrsflächen entstehen, nicht auf Kosten bestehender Grünflächen.
- Innenentwicklung muss zumindest dreifache Innenentwicklung sein. Wer im Bestand nachverdichtet, muss Grün- und Freiflächen im selben Zug sichern und aufwerten. Bauliche Verdichtung darf nicht zulasten genau der Flächen gehen, die Hitze abpuffern, Wasser aufnehmen und Lebensraum bieten. Darüber hinaus müssen die Verkehrsflächen in den Blick genommen werden.
- Die größte Flächenreserve für neue Bäume liegt im ruhenden Verkehr: Rund 80 Prozent der öffentlichen Straßenfläche gehören dem Autoverkehr, und unter Stellplätzen liegen seltener Leitungen als unter Gehwegen. Umgewidmete Parkplätze sind deshalb oft die einfachsten Baumstandorte. Die Grundlagen sind in der Broschüre „Stadtraum FAIRteilen“ vom BUND BAK Mobilität dargelegt.
- Klimaanpassung gelingt nur mit Biodiversität. Stadtgrün und Wasser sind zuerst Lebensraum. Bei der Baumartenwahl sind neben der Klima- und Standorteignung auch ihr ökologischer Wert für die heimische Artenvielfalt und mögliche Ausbreitungsrisiken zu berücksichtigen. In Planung, Finanzierung und Pflege müssen sie als grün-blaue Infrastruktur denselben Rang erhalten wie Straßen und Kanäle: Schwammstadt und Regenwasserbewirtschaftung, Entsiegelung, Freiflächensicherung und Biotopvernetzung gehören zusammen gedacht und geplant. Dach- und Fassadenbegrünung ergänzen das, erfüllen aber andere Funktionen als unversiegelter Boden oder Bäume und können deren Verlust nicht ausgleichen.
- Vernetzung braucht Qualität. Trittsteine wie Wildstaudenflächen und Säume, Hecken, stehendes und liegendes Totholz, Laub- und Reisighaufen, Trockenmauern und Steinhaufen sowie offene Sand- und Rohbodenstellen und Kleingewässer wirken nur, wenn zugleich Gefahrenquellen abgebaut werden, insbesondere Vogelschlag an Glas, Lichtverschmutzung und Barrieren durch den Verkehr.

- Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz brauchen eine verlässliche Finanzierung. Wir bekräftigen die Forderung des BUND, sie gemeinsam als neue Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern im Grundgesetz zu verankern. Grünere, kühlere Städte entstehen in den Kommunen, doch Stadtgrün, Entsiegelung und Baumpflege sind Daueraufgaben, die sich nicht aus Projektmitteln und Ersatzgeldern stemmen lassen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Ziele der EU-Wiederherstellungsverordnung für städtische Ökosysteme – kein Nettoverlust an städtischen Grünflächen und an Baumüberschirmung bis 2030 – im nationalen Wiederherstellungsplan wirksam umgesetzt werden.

**Als BUND nehmen wir uns selbst in die Pflicht:**

- Stadtnatur lebt vom Mitmachen. Vorhaben zur Vernetzung im Siedlungsraum sollen Beteiligung niedrigschwellig ermöglichen, etwa über spielerische Trittstein-Kampagnen und über gut vermittelbare Leitarten. Sinnvoll erscheint, sie in wenigen Kommunen mit dem BUND-Zentrum für Stadtnatur modellhaft zu entwickeln sowie umzusetzen und die Ergebnisse übertragbar zu machen.
- Wir tragen diese Vision in unsere Gruppen, qualifizieren Aktive für die Arbeit für Stadtbäume und Stadtnatur, auch auf privaten Flächen, und bringen uns in kommunale Bauleit-, Grün- und Klimaanpassungsplanungen ein.

Natur im direkten Lebensumfeld bietet zugleich die niedrigschwelligen Mitmachangebote, die der Antrag A10 „Mitgliedergewinnung und -bindung im BUND stärken“ (BDV 2024) fordert.